

Die karibische Volksdemokratie : zur Technik der kommunistischen Machtergreifung in Entwicklungsländern

Autor(en): **Lamberg, Robert F.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **41 (1961-1962)**

Heft 7

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-161253>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die karibische Volksdemokratie

ZUR TECHNIK DER KOMMUNISTISCHEN MACHTERGREIFUNG
IN ENTWICKLUNGSLÄNDERN

ROBERT F. LAMBERG

Die höchst legitime Reaktion der unterentwickelten Massen Afrikas, Asiens und Lateinamerikas auf politisch-wirtschaftliche Mißstände und Archaismen droht in ein von Moskau kalkuliertes revolutionäres Durcheinander mit totalitärer Schlußphase zu münden, sollte sie nicht durch die koordinierten Bemühungen der Industrieländer in der freien Welt in effektive evolutionäre Bahnen gelenkt werden.

In der Atmosphäre eines weltweiten ost-westlichen Propagandakrieges, der paradoxerweise eine Überschätzung der Stärke des Weltkommunismus mit sich gebracht hat, kann auf die Legitimität der letzten Entwicklung nicht nachdrücklich und oft genug hingewiesen werden. Allerdings muß man gewisser Prämissen eingedenk sein, um dem Geschehen in den Entwicklungsländern jenseits jedes Wunschdenkens gerecht werden zu können:

Der Begriff einer «Revolution in den Entwicklungsländern», der als politisches Schlagwort gebraucht wird, ist an sich eine «terrible simplification»: Während es in Afrika und teilweise auch in Asien um die Schaffung von Grundlagen zu einem zeitgemäßen gesellschaftlichen Aufbau geht, um die Sprengung atavistischer Bindungen und die Ersetzung von Institutionen des Primitivismus, hat die Entwicklung der letzten Jahre in den meisten lateinamerikanischen Ländern eine Renaissance demokratischer Werte zum Ziel, eine Wiederbelebung politischer Institutionen und geistiger Strömungen, die zumindest in nuce oft schon zu Bolivars Zeiten vorhanden waren, doch im Laufe des letzten Jahrhunderts durch Diktatur und soziale Stagnation pervertiert oder erdrückt worden sind. Damit verknüpft spielt sich in Lateinamerika eine wirtschaftliche Entwicklung ab, die auf die Überwindung überlebter frühkapitalistischer oder auch halbfeudaler Formen hinausläuft. Gilt dies von Iberoamerika im allgemeinen, so für das relativ entwickelte und urbanisierte Kuba im besonderen.

Vom Freiheitskampf zur «sozialistischen Revolution»

Der Sturz der blutigen Diktatur des ehemaligen Unteroffiziers *Fulgencio Batista* war denn auch ein erwartetes (und u. a. von den USA ersehntes) Zeichen, daß

die politischen Realitäten und das soziale Gefüge in diesem Teile des amerikanischen Kontinents den westeuropäischen und nordamerikanischen politischen und sozialen Gegebenheiten nähergebracht werden können: Durch den von Dr. *Fidel Castro Ruz* und seiner «Bewegung des 26. Juli» ins Werk gesetzten Umsturz war die erste Vorbedingung für eine demokratische Erneuerung im karibischen Raum geschaffen worden.

Das Programm der Fidelisten drückte den freiheitlichen Charakter der kubanischen Revolution eindeutig aus. Dessen Kernstück bildete die Wiederbelebung der demokratischen Verfassung von 1940, die Garantie der Bürgerrechte und politischen Freiheiten, die Abhaltung von Wahlen im Laufe des ersten Revolutionsjahres und eine Agrarreform als Grundlage modernen sozialen Umbaus.

Am 1. Mai 1961, 28 Monate nach dem Siege über Batista, erklärte Fidel Castro diese Revolution zur «sozialistischen», Kuba zu einem «sozialistischen Staat» und bezeichnete den Hauptpunkt seines revolutionären Programmes, die Abhaltung von Wahlen, rundweg als überflüssig¹.

Daß Castro sechs Wochen später den Ausspruch über den «sozialistischen Staat Kuba» widerrief und nurmehr von einer «sozialistischen Revolution» sprach, in der sich die Zuckerinsel befinde² (und die der marxistisch-leninistischen Heilslehre gemäß die Grundlage der «Volksdemokratie» bildet), wirft zwar ein bezeichnendes Licht auf die krause Ideologie des bärtigen Führers und seiner scheckigen Umgebung, ändert jedoch nichts an den politischen, sozialen und wirtschaftlichen Zuständen Kubas, die von Beobachtern verschiedenster politischer Schattierungen als in der Tat «volksdemokratisch» bezeichnet werden.

Bei der Analyse des Begriffs «Volksdemokratie» braucht man keinesfalls im ideologischen oder institutionellen Dunkeln zu tappeln. In unserer Zeit, da «jedes beliebige Land, welches auch immer seine Entwicklungsstufe sein mag, in der Lage ist, den Sozialismus zu verwirklichen, indem es sich auf die... Hilfe des sozialistischen Systems stützt³», ist der Aufbau einer «Volksdemokratie» an strenge Prinzipien gebunden. Eine Zusammenfassung dieser Grundsätze für den «Sieg des Sozialismus», der wohl authentischsten Quelle, den sowjetamtlichen «Grundlagen des Marxismus-Leninismus» entnommen, ergibt folgendes Grundmosaik⁴:

- Führung des öffentlichen Lebens durch die KP.
- Sozialisierung und Kollektivierung der Wirtschaft.
- Ideologische und kulturelle Gleichschaltung.
- «Schutz der sozialistischen Errungenschaften», das heißt Terror und Gewaltherrschaft.
- «Proletarischer Internationalismus», gleichbedeutend mit außenpolitischer Anlehnung an den Sowjetblock.

Originelle Wege der kommunistischen Machtergreifung

Die Taktik der Kommunisten und ihrer Helfer bei der Machterschleichung in Kuba findet keine Parallele in den «klassischen» Volksdemokratien; in diesem Punkt beansprucht die Entwicklung in Castros Reich zweifellos Originalität und ist für Moskau anscheinlich ein wichtiges Präzedenz für die Entfaltung neuer taktischer Wege zur Überrumpelung der Entwicklungsländer:

Der Träger der kubanischen Revolution von 1958/59, die «Bewegung des 26. Juli», eine typische national-demokratische Kampfgruppe des kubanischen Mittelstandes und der Bauernschaft, erwies sich nach Castros Machtergreifung als ideologisch zersplittert und machtpolitisch passiv und statisch. Bald nach dem Sieg über Batista machten sich in ihr Verfallserscheinungen bemerkbar. Zwar hätten die Revolutionsführer dieser Entwicklung durch die Bildung straffer parteipolitischer Bindungen Einhalt gebieten können, doch sie standen der fortlaufenden Degenerierung ihrer Bewegung tatenlos gegenüber. Man kann sich heute kaum mehr des Eindrucks erwehren, daß dieser unheilvolle politische Trend von dem kommunistisch infiltrierten kubanischen Führungsklängel von allem Anfang an erkannt, geduldet, ja bezweckt worden sein mag.

Die Rolle, die Fidel Castro beim machtpolitischen Aushungern der Bewegung gespielt hat, gehört zu den interessantesten Fragen der verratenen Revolution. Sie kann wohl erörtert, doch zur Zeit kaum stichhaltig beantwortet werden. Man wird sich vorderhand also nur an die trockene Tatsache zu halten haben, daß Castro dem Absinken seiner Revolutionsbewegung nicht entgegenwirkte.

Die Schwindsucht der heute als «kleinbürgerlich» verschrieenen Bewegung, die «mit den sozialistischen Konsequenzen der Revolution nicht Schritt halten konnte» und deren Führer zum Teil in Castros Kerkern schmachten oder außer Landes flüchten mußten, gab der einzigen schlagkräftigen politischen Gruppe der Insel, der «Partido Socialista Popular» (PSP), wie die kubanische KP genannt wird, eine praktische Voraussetzung zur Machtergreifung⁵. Dazu trat als kaum minder wichtige Komponente die objektive Entwicklung der Zuckerinsel in den letzten zwei Jahren, markiert von ideologischem Wirrwarr, einem dogmatischen Antiamerikanismus, von der zunehmenden wirtschaftlichen Abhängigkeit der Kubaner vom Sowjetblock und vom Bellum omnium contra omnes, der in Massensäuberungen unter den Revolutionären gipfelte.

Die PSP, die Ende 1959 nur 17 000 Mitglieder gezählt haben soll⁶ und deren Einfluß auf die Revolution minimal gewesen sein mußte (war die Partei doch erst im Laufe des Jahres 1958 zu Castro übergetreten, als das Schicksal der Batista-Diktatur fast schon entschieden war) — die PSP hat in den 2^{1/2} Jahren seit dem Einzug der Fidelisten in Havanna immer fester die Zügel der Herrschaft in die Hand bekommen.

Ihre wichtigste politische Taktik war, nach erprobtem «volksdemokratischem» Rezept der vierziger Jahre, die Infiltration in das nichtkommunistische Verwaltungsgetriebe, der Aufbau ihr höriger «Massenorganisationen», die der leninistischen Hebeltheorie gemäß zu Instrumenten politischen Drucks verwendet werden können, die Schaffung einer sich in Säuberungswellen kundgebenden explosiven innenpolitischen Atmosphäre, in der faktische oder potentielle Gegner des Kommunismus eliminiert werden, und die außenpolitische Hetze, die das Land in die Isolation und damit in die Arme Moskaus treiben mußte.

Fidel Castros Bruder Raoul, der Wirtschaftsdiktator *Guevara*, der Leiter des Institutes für Agrarreform *Jiménez*, deren Reden und Schriften jenseits des Eisernen Vorhanges in Massenaufgaben publiziert und als wichtige Beiträge zur marxistisch-leninistischen Lehre bezeichnet werden, sind Kommunisten. Den wenigen noch in Ämtern verbliebenen nichtkommunistischen Fidelisten werden PSP-Aufseher beigegeben. (So wurde zum Beispiel der Kommunist *Olivares* Stellvertreter des ehemaligen Antikommunisten und heute kollaborierenden Außenministers *Roa*.) Kommunisten besetzen verantwortliche Posten in Armee und Miliz (auf die im weiteren noch zurückzukommen ist). Kubas Einheits-Jugendorganisation «Jungrebelln», aus einer Verschmelzung der PSP-Jugend und der Jugendabteilung der «Bewegung des 26. Juli» hervorgegangen, wird vom Kommunismus inspiriert. Die Einheitsgewerkschaft des Landes steht unter der Leitung des PSP-Funktionärs *Soto*; der antikommunistische Gewerkschaftsführer *Salvador*, ein alter Mitkämpfer Castros, wurde an der Flucht ins Ausland gehindert und ins Gefängnis geworfen.

Salvador ist einer der vielen Kampfgenossen aus Castros nächster Umgebung, die den mörderischen, die PSP stärkenden Säuberungsaktionen volksdemokratischer Observanz zum Opfer gefallen sind. Der erste Staatspräsident Kubas, *Urrutia*, ist kaltgestellt worden, der Castro-Gouverneur *Matos* eingekerkert, der erste Landwirtschaftsminister *Marin* soll im April 1961 erschossen worden sein. Nur drei Mitglieder des ersten, zwölf Mann zählenden Castro-Kabinetts sind heute noch in Freiheit und an der Macht. Die kubanischen Gefängnisse sind vor allem von ehemaligen Revolutionskämpfern bevölkert, denen Antikommunismus und damit — «konterrevolutionäre Aktivität» vorgeworfen wird, in blutiger Konsequenz der Propaganda-Gleichung: Wenn Castros Revolution vom «Friedenslager» gestützt wird, bedeutet Antikommunismus eo ipso Konterrevolution⁷.

Die politischen Parteien Kubas sind, mit Ausnahme der PSP, «aus historischen Gründen aufgelöst» worden⁸; Massenversammlungen der von Ordnern zusammengetrommelten hauptstädtischen Bevölkerung mit «Akklamationswahl» sollen nach Castros Wunsch die Parlamentswahlen ersetzen⁹. Damit ist Kubas «Demokratisierung» selbst nach osteuropäischen Begriffen weit gediehen. Von einer Wiederbelebung der Verfassung von 1940 darf nicht mehr

gesprachen werden, an einer (wohl rhetorisch wichtigen) «sozialistischen Verfassung» wird gearbeitet¹⁰.

Zum logischen Abschluß dieser Entwicklung wurde Anfang Juli 1961 geschritten: Die prokommunistischen Reste der «Bewegung des 26. Juli» sind in der PSP aufgegangen, die zur Einheitspartei des Landes erklärt wurde. Zur Zeit der Niederschrift werden die diversen «Massenorganisationen» (Gewerkschaft, Frauen-, Jugend-, Miliz- und Informantenverbände) von der PSP absorbiert. Durch diese hastigen Maßnahmen wurde selbst der formelle Zustand in den Ländern des Ostblocks überrundet; die sowjetischen Ratgeber fanden sich sogar veranlaßt, die allzu eifrige Obrigkeit vor vorschnellen Gleichschaltungsmaßnahmen zu warnen¹¹.

Die Etappen ökonomischer Sowjetisierung

Die wirtschaftliche Entwicklung der Insel illustriert die skizzierten machtpolitischen Zustände¹²: Über Konfiskation des Eigentums von Batista-Anhängern und «amerikanischen Imperialisten», wurde, in krassem Widerspruch zu Castros ursprünglichem Revolutionsprogramm, eine allumfassende Nationalisierung eingeleitet, die im Frühjahr 1961 nach Guevaras Angaben etwa 82—84% der Industrie umfaßte und in Bälde abgeschlossen sein dürfte¹³. Außerdem werden die Banken und Versicherungsanstalten, der gesamte Außenhandel und Verkehr, das Gastgewerbe, ein überwiegender Teil des Binnenhandels und sogar die Verwaltung von Mietshäusern in staatlicher Regie betrieben.

Allen revolutionären Versprechungen zum Trotz hat die Agrarreform nur einem Bruchteil der kubanischen Landarbeiter Boden beschert: Die Anzahl von Kleinlandwirten, denen das Castro-Regime Grund verpachtet hat, wurde im Mai 1961 mit 21 425 beziffert. Der überwiegende Teil des landwirtschaftlichen Bodens wurde russischen Sowchosen ähnlichen Staatsgütern zur Bearbeitung übertragen. Außerdem sind 622 Zucker-Kolchosen organisiert worden¹⁴.

Die mit der Isolierung Kubas von seinen natürlichen Wirtschaftspartnern fortschreitende Abhängigkeit vom Sowjetblock wird aus einigen wenigen Angaben ersichtlich: Die vom Ostblock bis Frühjahr 1961 versprochene Kapitalhilfe an Kuba hat eine Gesamthöhe von 257 Millionen Dollar erreicht. Größter Kapitalspender ist die Sowjetunion (100 Mill. \$), gefolgt von Rotchina (70 Mill. \$) und der Tschechoslowakei (40 Mill. \$). Drei Viertel des kubanischen Außenhandels werden mit Ländern hinter dem Eisernen Vorhang abgewickelt; 1961 soll der Sowjetblock insgesamt vier Millionen Tonnen Kuba-Zucker kaufen, das sind etwa zwei Drittel der geplanten Zuckerproduktion.

In den Jahren 1961—1965 haben die kommunistischen Länder 100 Fabriken und Anlagen an Kuba zu liefern; über die Kreditierung weiterer hundert In-

dustrieanlagen ist im Frühjahr 1961 verhandelt worden. Zwischen 2400 und 2700 kubanische Studenten und Techniker werden in den europäischen Ostblockländern ausgebildet, und auf der Insel wimmelte es von sowjetischen und vornehmlich tschechoslowakischen Fachleuten aller Art¹⁵.

Die überall in Osteuropa bekannten, gesetzmäßigen Begleiterscheinungen der ökonomischen Sowjetisierung machen sich auch auf Kuba in vollem Ausmaße bemerkbar. Dazu ist das Planchaos zu rechnen, die Aufplusterung des Verwaltungsapparates, der Mangel an Konsumgütern, die Verlängerung der Arbeitszeit von acht auf zehn Stunden und ihre Intensivierung durch Arbeitsbrigaden, «freiwillige» Schichten und ähnliches. Die kommunistische Einheitsgewerkschaft ist zu einem Anhängsel des Arbeitsministeriums degradiert worden; das Streikrecht ist abgeschafft, der Arbeiter zu «freiwilligen» Lohnkürzungen angehalten¹⁶.

Gleichschaltung und Massenterror

Durch die Kontrolle aller Informationsmittel und ihre Abstimmung auf kommunistische Propaganda, durch intensive, organisierte Agitation, begleitet von massivem Druck, ist es dem Regierungsklüngel in einer Rekordzeit von zwei Jahren gelungen, das Leben von 6,5 Millionen Kubanern ideologisch und kulturell gleichzuschalten. Der Kirchenkampf, der zur Zeit der Niederschrift auf vollen Touren läuft, soll den letzten Fremdkörper im Gefüge einer volkdemokratischen Gesellschaft eliminieren, nachdem die Universität, die klassische Hochburg von Opposition und Individualismus, überrannt worden ist und der Begriff der akademischen Freiheit der Vergangenheit angehört. Sechshundert ausländische Priester haben vor kurzem Kuba verlassen müssen; die restlichen 200 kubanischen Geistlichen werden dem kommunistischen Ansturm kaum lange trotzen können, besonders nachdem durch Gesetz vom 8. Juni 1961 alle Schulen der Insel verstaatlicht worden sind¹⁷.

Eine Unzahl von Organisationen, die sich der Gleichschaltung zu widmen haben, sprießt aus dem agitatorisch aufbereiteten Boden: Die Jugendlichen werden in den Reihen der «Pioniere» und der «Jungrebelln» erfaßt, die Studenten im gleichgeschalteten Studentenbund, der mit der kommunistischen Frontorganisation «International Union of Students» (Prag) eng zusammenarbeitet. Die erwerbstätige Bevölkerung wird an den Arbeitsplätzen, bei Massenmeetings und in politischen Schulungskursen auf Vordermann gebracht; die Hausfrauen stehen unter der ideologischen Obhut der Einheits-Frauenorganisation und der Straßen-Ausschüsse (siehe weiter unten), und sogar die Priester haben nach osteuropäischem Muster einen «vaterländischen», das heißt regierungstreuen Propagandaverband bilden müssen¹⁸.

Für die ideologische Gleichschaltung besonders wichtig, doch vor allem verantwortlich für Gesinnungsspitzelei und Terror sind die «Ausschüsse zur Verteidigung der Revolution», eine Organisation von der Art der nationalsozialistischen «Blockwarte» oder der osteuropäischen «Vertrauensleute», und endlich die kubanische Miliz.

Vor kurzem hat Castro zur Mobilisierung von 100 000 «Revolutionsausschüssen» aufgerufen, in die eine halbe Million Kubaner einzureihen sind; die Zahl der Angehörigen der Miliz — die allerdings oft mit den Mitgliedern der «Revolutionsausschüsse» identisch sind — wird auf 200 000—500 000 geschätzt, die Größe der regulären Armee, die wie alle lateinamerikanischen Armeen den Keim der «Konterrevolution» in sich tragen könnte und deshalb von Castro überwacht wird und quantitativ beschränkt bleiben soll, beträgt etwa 40 000 Mann¹⁹.

Die Herrschaft der von tschechoslowakischen Experten betreuten Miliz und der diversen Sicherheitsdienste und die Methoden zur «Verteidigung der sozialistischen Errungenschaften» werden durch die Zahl von Häftlingen und Flüchtlingen plastisch erläutert. Nach dem mißglückten Invasionsversuch vom April 1961 wurden die in kubanischen Gefängnissen und den etwa fünfzehn Konzentrationslagern Inhaftierten auf 200 000 geschätzt. Auch wenn ein Großteil dieser von keinem Habeas-Corpus-Akt geschützten Unglücklichen in der Zwischenzeit entlassen worden ist, sind auf der Insel auch heute noch die Gefängnisse und Lager überfüllt.

Der strikten Grenzüberwachung, den Ausreiseverboten und drohenden schweren Strafen zum Trotz gibt es zur Zeit in den USA und den mittelamerikanischen Staaten über 100 000 kubanische Flüchtlinge, darunter einen Ministerpräsidenten der revolutionären Regierung, eine Anzahl Regierungsmitglieder aus Castros diversen Kabinetten, Diplomaten, Journalisten, Techniker, Kaufleute, Intellektuelle, Studenten²⁰.

Ein bezeichnendes Licht auf die kubanische Diktatur des durch einige wenige Personen vertretenen Proletariates wirft das Schicksal jener 25 Ungarn, die 1956/57 nach Kuba verschlagen worden sind. Ende 1960 veröffentlichte die ungarische Exilpresse den Hilferuf dieser kleinen Gruppe von Flüchtlingen, die an *Kádár* ausgeliefert werden sollte. Man hat von den Bedrohten seither nichts mehr gehört. . .

Es steht außer Zweifel, daß die kubanischen Führer bis zum Frühjahr 1961 mit großen innenpolitischen Schwierigkeiten zu kämpfen hatten. Diese resultierten vor allem aus der Tatsache, daß sich auf Kuba zum Unterschied von Osteuropa der allumfassende Totalitarismus nur langsam gegen innere Widerstände durchsetzen konnte, seien diese nun freiheitlich-demokratischer oder anarcho-revolutionärer Art gewesen.²¹ Seit dem Scheitern des Invasionsversuches hat sich der fidelistisch-kommunistische Totalitarismus konsolidieren können und die Widerstandskraft der demokratischen Elemente scheint zu

erlahmen. Die Machthaber der Insel konnten deshalb in letzter Zeit mit geringem Risiko einige besonders unpopuläre, charakteristisch «volksdemokratische» Maßnahmen durchsetzen, so z. B. eine Währungsreform.²² Trotz alledem lassen die im Zeichen von «Kritik und Selbstkritik» auf Hochtouren laufenden Säuberungen noch immer Schlüsse auf die Unsicherheit der neuen Herren Kubas zu.²³

Ausdruck des «proletarischen Internationalismus», mit dem Kuba vom Ostblock beehrt wird, sind vor allem die mehr als 30 000 Tonnen Waffen, die aus der ehemaligen Touristenreservation ein Waffenarsenal gemacht haben und, westlichen Annahmen zufolge, gratis und franko geliefert worden sind²⁴. Castro und sein Freundeskreis haben sich dafür außenpolitisch erkenntlich gezeigt, in und besonders außerhalb der Uno: Havanna, das diplomatisch eng mit den Ostblockländern zusammenarbeitet, ist zum wichtigsten Propaganda- und Zersetzungszentrum des Weltkommunismus in den Entwicklungsländern avanciert, ein Dorado für kommunistische Tarnorganisationen, ein Versuchsfeld und Sprungbrett für die künftigen Attacken Moskaus gegen Lateinamerika. Diplomatisch drückte diese Sachlage Che' Guevara aus, als er verlautbarte, seine Regierung stütze die weltrevolutionäre Moskauer Deklaration der 81 kommunistischen Parteien vom November/Dezember 1960 in ihrem vollen Wortlaut²⁵.

Perspektiven des volksdemokratischen Caudillismus

Und doch wäre es verfehlt, den ideologischen Wirrkopf Fidel Castro, den Traktorhändler und TV-Debateur, diesen Juristen mit ausgeprägtem Sinn für Massendemagogie und Barnum-Reklame einen Bolschewiken zu nennen. Der Mann, der einen volksdemokratischen Jargon mit Quijotischen Idiomen spricht ist, «...die totale Verneinung des Funktionärs, ...undiszipliniert bis zum Anarchismus, emotional bis zur Hysterie... Sein Stil — nicht seine Politik! — paßt eher zu dem Hitlers als zu dem Chruschtschews²⁶».

Der letzte Satz des Zitates scheint für die Standortbestimmung des Führers im kommunistischen Aufbau der karibischen Insel ausschlaggebend. Die anarcho-idealistische Komponente in Castros marxistischem Drang kann ihn wohl kaum je zum Befehlsempfänger à la Ulbricht oder Novotny machen, zum stumpfen Ausführungsorgan großrussischer Wünsche; doch dürfte Fidel deshalb «gutem Rate» aus Moskau weniger zugänglich sein? Und kann man ihn unter den heutigen Machtbedingungen auf Kuba überhaupt etwas anderes als ein Objekt oder, genauer, ein Werkzeug nennen — ein Werkzeug Moskaus, doch auch nur seiner nächsten kommunistischen Umgebung, das — wenn sich dies schon als unumgänglich notwendig erwiese — von der heißen politischen Szene verschwinden könnte?

Übrigens dürfte Chruschtschew heute kaum ein Interesse haben, den eigenartig konfusen, doch in der politischen Quintessenz keinesfalls wankelmütigen Anarcho-Marxisten zum farblosen Funktionär herabzuwürdigen. Eher im Gegenteil: Die «Bodenständigkeit» und Originalität des Castrismus, diese Melange aus Caudillismus und Bolschewismus kann, wenn der Inhalt nur stimmt, durch ihre Äußerlichkeiten auf die Entwicklungsländer viel anziehender wirken, als das ermüdend graue Bild der «klassischen» Vasallenstaaten Ost- und Mitteleuropas.

Chruschtschew ist im Jahre 1961 außerdem wohl kaum darauf aus, Kuba in die Rolle eines jener sturen Satelliten zu pressen, die Moskau zwar etliche dubiose Militärbasen bieten, doch sonst — von der Sowjetzone und der Tschechoslowakei abgesehen — nicht viel mehr. Im Kreml haben zur Zeit die Realpolitiker, nicht die Dogmatiker das Wort: In den jetzigen Zeitläuften ist die Zuckerinsel als Propaganda- und Umstürzlerzentrale wertvoll, als massenpsychologischer Brückenkopf des «Friedenslagers»; vorderhand nicht mehr, doch auch nicht weniger. Die erste sowjetische Raketenbatterie an der kubanischen Küste könnte den ganzen grandiosen Versuch mit Castro in Frage stellen; das weiß man in Moskau.

Die Zukunft? Das Regime, das sich zweifelsohne zumindest auf das städtische Lumpenproletariat und einen Teil der Landarbeiter stützen kann, das den Ärmsten der Armen Häuser baut, Bidonvilles assaniert und chronischen Hungerleidern wenn auch nicht den Magen füllt, so doch gewisse soziale Rechte einräumt und ein gerüttelt Maß an Selbstvertrauen schenkt, den Arbeiter jedoch um der sozialistischen Zukunftsideale willen ausbeutet, die Insel mit Konzentrationslagern überzieht, den Mittelstand vernichtet, übelsten Gesinnungsterror mit Hilfe eines ausgeklügelten Spitzelsystems organisiert und jede Rechtsstaatlichkeit auslöscht — dieses isolierte Stück Amerika, das wohl Opponenten vernichten, doch seine geographische Lage trotz Marx und Chruschtschew nicht verändern kann — es geht einer ungewissen Zukunft entgegen. Im Unterschied zu Guinea, Afghanistan oder Mali hat Kuba alle politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen geschaffen, um den sowjetkommunistischen Weg, wenn Moskau es so will, bis zum bitteren Ende zu schreiten.

Eine kommunistische Enklave, 150 Kilometer vom amerikanischen Festland entfernt? Qui vivra, verra...

Die vier bekanntesten Publikationen über Castros Kuba (Nathaniel Weyl: *Red Star Over Cuba*, Devin Adair, New York 1960; C. Wright Mills: *Castro's Cuba*, Secker & Warburg, London 1960; Huberman-Sweezy: *Cuba. Anatomy of a Revolution*, Routledge & Kegan Paul, London 1961; Jean Paul Sartre on Cuba, Ballantine, New York 1961) lassen nach Meinung mancher Beobachter an Objektivität beträchtlich zu wünschen übrig. Der Verfasser des Aufsatzes hat es deshalb für angebracht gefunden, diese pro- und antikommunistische «Partisan-Literature» nur ausnahmsweise zu berücksichtigen.

¹New York Times, Paris, 3. 5. 1961; The Economist, London, 6. 5. 1961. ²New York Times, Paris, 19. 6. 1961. ³Kommunist, Moskva, Nr. 13/1960. Hier zitiert nach Boris Goldenberg: «Kubas Weg in den Kommunismus», Außenpolitik, Stuttgart, Nr. 2/1961. ⁴«Grundlagen des Marxismus-Leninismus. Lehrbuch.» Aus dem Russischen. Dietz Verlag, Berlin (Ost) 1960, insbesondere S. 584—587. Über einige wichtige Aspekte der Taktik des Weltkommunismus in Lateinamerika berichtet Victor Alba in Problems of Communism, Washington, Nr. 1/1961. ⁵Über die Entwicklung der «Bewegung des 26. Juli» und der kubanischen KP vgl. u. a. Theodore Draper im März- und Juliheft 1961 des Encounter, London (Nr. 90 und 94) und in New Leader, New York, 10. 4. 1961, den Bericht des uruguayischen KP-Sekretärs Rodney Arismendi in Kommunist, Moskva, Nr. 5/1961, den Aufsatz K. Brutents' in der zentralen KP-Monatschrift Internasjonell Revy, Praha-Stockholm, Nr. 2/1961, die Reportagen von Lumír Čivrný («Ostrov mladé svobody») in Kultura, Praha, Nr. 13—20/1961, die in der Weltpresse veröffentlichten Interviews mit Castro, Guevara u. a. ⁶C. Wright Mills, a. a. O., S. 105. ⁷Über die Säuberungen s. vor allem die Erklärung des US-State Department über Kuba in New York Times, Paris, 5. 4. 1961, weiters United States News & World Report (USN & WR), Washington, 1. 5. 1961, New York Times, Paris, 12. 6. 1961. ⁸So der kubanische Chargé d'affaires Roa Cury im Interview mit Radio Praha, zit. in Free Europe Committee — News from Czechoslovakia/Československy zpravodaj (im weiteren FEC), New York, Nr. 339, 25. 4. 1961. ⁹Fidel Castro in seiner 1.-Mai-Ansprache; vgl. Anm. 1. ¹⁰Vgl. Anm. 2. ¹¹Vgl. AFP-Bericht aus Havanna, 4. 7. 1961 und Aftenposten, Oslo, 28. 7. 1961. ¹²Über die kubanische Wirtschaft wird in den meisten in Anm. 5 genannten Quellen berichtet. S. auch die instruktive Studie von S. Pakin: «Kuba ukrepljaet nacionalnuju ekonomiku» in Mirovaja ekonomika i Meždunarodnye otnošenija, Moskva, Nr. 4/1961. ¹³USN & WR, Washington, 19. 6. 1961, New York Times, Paris, 14. 6. 1961, Boris Goldenberg, a. a. O. ¹⁴USN & WR, Washington, 19. 6. 1961. ¹⁵Über die wirtschaftlichen Bindungen Kubas zum Ostblock vgl. u. a. New York Times, Paris, 5. 4. 1961; Handelsblatt, Düsseldorf, 22. 3. und 18. 5. 1961; Aftenposten, Oslo, 27. 2. 1961; Financial Times, London, 5. 1. 1961; Die Zeit, Hamburg, 21. 7. 1961; Goldenberg, a. a. O., Pakin, a. a. O. Über die Tätigkeit der Tschechoslowaken, die um Kuba besonders bemüht scheinen, wird in FEC, Jahrgang 1960 und Januar—Juli 1961, berichtet. ¹⁶Darüber zum Beispiel in New York Times, Paris, 13. 6. 1961; Kultura, Praha, Nr. 17 und 18/1961. ¹⁷USN & WR, Washington, 19. 6. 1961; UPI-Bericht aus Havanna, 12. 7. 1961. ¹⁸Vgl. New York Times, Paris, 12. und 13. 6. 1961; Reuter-Bericht über den internationalen Studentenkongreß in Havanna, 9. 6. 1961; USN & WR, Washington, 19. 6. 1961. ¹⁹Vgl. New York Times, Paris, 5. 4. und 12. 6. 1961; USN & WR, Washington, 1. 5. und 19. 6. 1961. ²⁰Über Terror und Flüchtlinge s. besonders New York Times, Paris, 5. 4., 12. und 13. 6. 1961, die «Erklärung führender amerikanischer Staatsmänner zur Kuba-Frage», hrsg. USIS, Bad Godesberg, zit. in Europa-Archiv, Frankfurt/M., Nr. 10/1961, sowie die regelmäßigen Berichte in USN & WR. Über die Hilfe der ČSSR bei der Aufstellung der Miliz vgl. z. B. FEC Nr. 332, 28. 2. 1961. ²¹Siehe darüber z. B. bei Boris Goldenberg: «Die Fata Morgana eines kubanischen Sozialismus», Außenpolitik, Stuttgart, Nr. 8/1961. ²²Vgl. New York Times, Paris, 7. 8. 1961, Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 12. 8. 1961. ²³Vgl. diesbezügliche Berichte der New York Times im Laufe des Monats August 1961. ²⁴New York Times, Paris, 5. 4. und 12. 6. 1961. ²⁵FEC Nr. 341, 16. 5. 1961. Über die sich aus der kommunistischen Wühlarbeit Kubas ergebenden Streitfragen, die von der OAS im Sommer 1960 behandelt worden sind, vgl. Jürgen v. Prellwitz: «Die internationalen Verhandlungen über den Fall Kuba» in Europa-Archiv, Frankfurt a. M., Nr. 24/1960. Über den Standpunkt der USA unterrichtet die Erklärung des US-State Departement über Kuba, New York Times, Paris, 5. 4. 1961. ²⁶F. R. Allemann in Die Zeit, Hamburg, 5. 5. 1961.